

Gespräch mit Judith Teichman

Entwicklungsländer und soziale Demokratie

Judith Teichman ist Professorin für Politische Wissenschaften an der University of Toronto Scarborough. Zur Zeit untersucht sie die Wirkung der Programme zur Reduzierung der Armut in Mexiko und Chile. Zusammen mit Richard Sandbrook, Marc Edelman und Patrick Heller veröffentlichte sie zuletzt: Social Democracy in the Global Periphery. Die Fragen stellte Thomas Meyer.

NG/FH: Es scheint eine gängige Meinung zu sein, dass soziale Demokratie nur in wohlhabenden Ländern möglich ist. Zu welchem Ergebnis kommen Sie in Ihren Forschungen?

Judith Teichman: Einer der wichtigsten Aspekte, die wir herausfanden, war der, dass sich auch Entwicklungsländer der sozialen Demokratie annähern können. Natürlich sprechen wir in diesem Zusammenhang weder von einer perfekten Form sozialer Demokratie noch von den Ausprägungen, wie wir sie in Europa finden. Aber unsere Untersuchungen machen aufmerksam auf Verbesserungen einzelner Indikatoren in diesen Ländern: Reduzierung von Armut, Abbau von Ungleichheit, verbesserte soziale Gerechtigkeit und einen höheren Grad an Demokratie.

NG/FH: Können Sie ein paar Staaten nennen, die sich erfolgreich der sozialen Demokratie annähern?

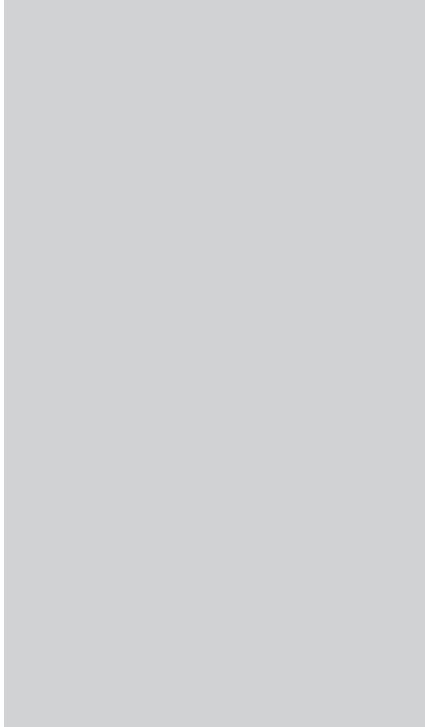
Teichman: Meine Studien konzentrierten sich vor allem auf Chile, Costa Rica, Mauritius und Kerala – ein Bundesstaat in Indien. Im historischen Rückblick zeigen sich aber auch zahlreiche Beispiele dafür, dass sich während relativ kurzer Zeitperioden eine Reihe von Ländern in diese Richtung bewegt hat, beispielsweise Sri Lanka und Jamaika. Auch im Falle von Süd-Korea glaube ich, dass sich das Land trotz vieler Schwierigkeiten und Hindernisse auf die soziale Demokratie zubewegt.

NG/FH: Welche Minimalkriterien müssen erfüllt sein, damit man von einer sozialen Demokratie sprechen kann?

Teichman: Worüber wir bei sozialer Demokratie hauptsächlich reden, ist demokratische Partizipation mit dem Ziel sozialer Gerechtigkeit sowie die Möglichkeit zu freien und gerechten Wahlen. Vieles scheitert aber in der Umsetzung meist schon daran, dass die Menschen in den Entwicklungsländern keine Anbindung an die Medien haben.

NG/FH: Welche Faktoren machen eine soziale Demokratie in Entwicklungsländern möglich?

Teichman: Trotz der Tatsache, dass wir sehr unterschiedliche Länder untersucht haben, konnten wir die interessante Beobachtung machen, dass es historisch gewachsene Parameter gibt, die nun anscheinend wieder zum Tragen kommen. Einer der wichtigsten ist die politische Mobilisierung, genauer die Organisationen auf der Ebene von Graswurzelbewegungen, die von Gewerkschaften, von sozialen Gruppen oder Bürgervereinigungen ausgingen und über die Zeit hinweg soziale und demokratische Ziele ansteuern. Notwendig für deren Realisierung ist dann allerdings eine politische Führung, die daran interessiert ist, die Bevölkerung zu diesen Zielen hinzuführen. Wir haben herausgefunden, dass die Länder, die diese Ziele letztendlich erreichen konnten, solch eine Führerschaft hatten. Ausschlag-



gebend ist demnach eine Kombination aus diesen beiden sehr wichtigen Faktoren.

NG/FH: Was sagen Sie zu dem konfuzianisch geprägten Südkorea?

Teichman: Ich mache eine vergleichende Studie über Mexiko, Chile und Südkorea und betrachte die historischen Ursprünge von Armut und Ungleichheit. Mein Interesse rührt von der Tatsache her, dass Südkorea in historischer Hinsicht sehr erfolgreich war, was die Reduzierung von Armut und Ungleichheit anbetrifft. In den beiden anderen Ländern – vor allem in Mexiko – blieben das dagegen schwerwiegende Probleme. Ich glaube, dass Kultur ihre Entsprechung in strukturellen Veränderungen findet. Kultur kommt nicht aus dem Nirgendwo, Kultur erwächst aus historischen Umständen und Kontexten. Und die Menschen ziehen etwas aus ihrer Kultur. Wenn ich ein

Beispiel aus den USA anführen darf: Dort ist die Kirche ein entscheidender Faktor, der auch für einen hohen Grad an Ungerechtigkeit verantwortlich ist. Dennoch gibt es die Tendenz, dass in den 70er Jahren religiöse Schriften im Sinne der demokratischen Teilhabe und der Überwindung soziale Ungerechtigkeit neu interpretiert wurden. Was ich damit sagen möchte, ist, dass politische Entwicklung von der Kultur aber auch von der jeweiligen Situation abhängt und es braucht auch kulturelle Veränderung entsprechend der gegebenen Möglichkeiten. Max Weber sagt dazu in seinem Buch *Die Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*, dass der Protestantismus ein wichtiger Faktor war, ohne den sich der Kapitalismus nie herausgebildet hätte. Kulturen sind sehr offen. Zudem kann man an Südkorea sehen, dass der Konfuzianismus häufig im Sinne der Bedeutung respektive dem Streben nach sozialer Gerechtigkeit interpretiert wird. Südkoreaner befürworten im Allgemeinen die Demokratie und sehen in der konfuzianisch geprägten Kultur kein Hindernis.

NG/FH: Welche Rolle spielt die Globalisierung für arme Länder, die eine soziale Demokratie etablieren möchten?

Teichman: Ich denke, dass Europa, Kanada und die USA die Gelegenheit hatten, sich in einem globalen Kontext zu entwickeln, der diese entstehenden Wohlfahrtsstaaten unterstützte. Was andere Teile der Welt, die durch Europa kolonialisiert wurden, betrifft, so ist ganz klar, dass sie aus wirtschaftlichen Interessen und nicht mit dem Ziel kolonialisiert wurden, dass sich dort starke Staaten etablieren und Umverteilungsmechanismen Unterstützung finden sollten. Viele Untersuchungen bestätigen, dass der Kolonialismus sehr negative Folgen hatte, sowohl im Hinblick auf die Stärke der Staaten als auch im Hinblick auf die Stärke der Gesellschaft. Außerdem tragen die Entwicklungsländer neben der Last des

Kolonialismus auch die Last der Globalisierung. Die Instrumente der industriellen Entwicklung finden nicht die notwendige Unterstützung. Im Gegenteil: Die Regeln der Welthandelsorganisation erlauben erst gar nicht diese Art der Unterstützung, die den anderen nördlichen Ländern und Japan während deren industriellem Aufbau zur Verfügung stand. Wenn man sich Südkorea und dessen Strategie der industriellen Entwicklung in den 60er Jahren anschaut, dann wird deutlich, dass man dort Industriesektoren auswählte, um sie gezielt zu unterstützen und in Exportmärkte zu expandieren. Und genau das ist es: Wenn Wirt-

schaften wachsen sollen, müssen sie in der Lage sein, diese Strategie zu verfolgen. Allerdings hat die Welthandelsorganisation alle Zuschüsse und Fördermittel, die diese Strategie und Entwicklung fördern würden, verboten. Südliche Länder brauchen aber Unterstützung, wenn sie expandieren, wenn sie wirtschaftlich wachsen, eine industrielle Basis aufbauen und geeignete industrielle Aktivitäten und Exportmärkte finden wollen, um Jobs in ihrem eigenen Land zu schaffen und einen Wohlfahrtsstaat zu etablieren.

(Übersetzung aus dem Amerikanischen von Jana Kittelmann.)

Johannes Vogel

Ein S für ein F vormachen

Anknüpfungspunkte zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie

Hat der Sozialliberalismus noch eine Zukunft? Dieser die Mitte-Links-Debatte erweiternden und für manche sicher überraschenden Frage spüren wir mit Beiträgen aus unterschiedlichen Blickwinkeln nach. In der FDP gibt es neuerdings einige – zumeist jüngere – Stimmen, denen der Marktradikalismus als programmatische Basis nicht ausreicht und die das soziale Profil der Partei schärfen wollen. Unser Autor ist einer von Ihnen.

Dieses Jahr schrieb im Oktoberheft des Magazins *Cicero* der bekannte Liberalismus-Experte Gregor Gysi über die FDP, sie habe in den letzten 20 Jahren den politischen Liberalismus vernachlässigt und den wirtschaftlichen betont. Diese Unterscheidung stammt so eindeutig aus der antiliberalen Mottenkiste, dass man ihr nur der Form halber entgegenzutreten muss: Freiheit ist unteilbar. Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung gibt es nicht ohne freiheitliche Politik und umgekehrt gilt das genauso. Aber dennoch gibt es etwas Spannendes an der Einlassung Gysis. Denn im gleichen Heft beschwerte sich Wolfgang Thierse über den Hang Gysis, Vorträge darüber zu halten, was denn das Wort sozialdemo-



Johannes Vogel

(* 1982) MdB, ist arbeitsmarktpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Von 2005 bis 2010 war er Bundesvorsitzender der FDP-Jugendorganisation Junge Liberale (JuLis).

johannes.vogel@bundestag.de

kratisch bedeute. Die SPD freilich, so Gysi, habe damit allenfalls teilweise etwas zu tun. Wir dürfen also verblüfft festhalten, die FDP ist allenfalls so halbliberal, wie die SPD halbsozialdemokratisch ist. Aber ebenso darf festgehalten werden, was auch immer FDP und SPD trennen mag, so teilen sie sich doch die Identität als Lieblings-